Beschlussvorlage

Vorlage Nr.: 2017/176
Datum der Freigabe: 05.07.2017

Amt:	Bauamt/Bauverwaltung	Datum:	29.06.2017
Bearb.:	Elke von Hoff	Wiedervorl.	
Berichterst.	Annette Kießig		

Beratungsfolge	Termin	Behandlung
Bau- und Planungsausschuss	17.07.2017	öffentlich

Abzeichnungslauf

Betreff

49. F-Plan-Änderung für den "uferseitigen Bereich der Schlei-Terrassen";
hier: Entwurfs- und Auslegungsbeschluss

Sach- und Rechtslage:

Die 39. F-Plan-Änderung für die „Schlei-Terrassen“ (ehem. Marinewaffenschule Ellenberg) wurde am 28.04.2016 durch das Innenministerium genehmigt und am 25.06.2016 wirksam geworden. In der Genehmigung wurden jedoch die Wohnbauflächen innerhalb des 100 m Gewässerschutzstreifens und die Wohnbauflächen innerhalb der 50 m Nutzungsverbotzone ausgenommen. Für diese Flächen sind gesonderte Ausnahmegenehmigungen und Befreiungen beim Landesbetrieb für Küstenschutz, Nationalpark und Meeresschutz S-H (LKN) bzw. bei der Unteren Naturschutzbehörde des Kreises SL-FL (UNB) zu beantragen, die jedoch so detailliert sein müssen, dass sie erst im Zuge der verbindlichen Bauleitplanung (B-Plan) möglich sind. Da nunmehr der Entwurf für diesen B-Plan Nr. 74 "Schlei-Terrassen" vorliegt, können auf dieser Grundlage sowohl die notwendigen Genehmigungen beim LKN und der UNB beantragt, als auch für die in der 39. F-Plan-Änderung bisher ungenehmigten, uferseitigen Teilflächen die entsprechende 49. F-Plan-Änderung durchgeführt werden. Da hierdurch die Grundzüge der Planung nicht berührt werden und die frühzeitigen Beteiligungsverfahren bereits im Zuge der 39. F-Plan-Änderung durchgeführt wurden, wird gemäß § 13 (2) Nr. 1. BauGB von einer erneuten frühzeitigen Unterrichtung und Erörterung nach § 3 (1) und 4 (1) BauGB abgesehen. Somit können die vorliegenden Entwürfe der 49. F-Plan-Änderung gebilligt und zur Auslegung bestimmt werden. Das Verfahren wird im Parallelverfahren mit dem B-Plan Nr. 74 für die „Schlei-Terrassen“ durchgeführt.

Beschlussvorschlag:

1. Der Entwurf der 49. Änderung des F-Planes für den „Uferseitigen Bereich der Schlei-Terrassen“ und die Begründung dazu werden in den vorliegenden Fassungen gebilligt.
2. Der Entwurf des Planes und der Begründung sind nach § 3 Abs. 2 BauGB öffentlich auszulegen und die beteiligten Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange über die Auslegung zu benachrichtigen.

Bemerkung:

Aufgrund des § 22 GO waren keine/folgende Stadtvertreterinnen/Stadtvertreter von der Beratung und Abstimmung ausgeschlossen; sie waren weder bei der Beratung noch bei der Abstimmung anwesend.

Anlagen:

- 49_FNP_Plan (27.06.2017)
- FNP_49_Begründung_Teil A (27.06.2017)
- FNP_49_Begründung_Umweltbericht_Teil B (27.06.2017)